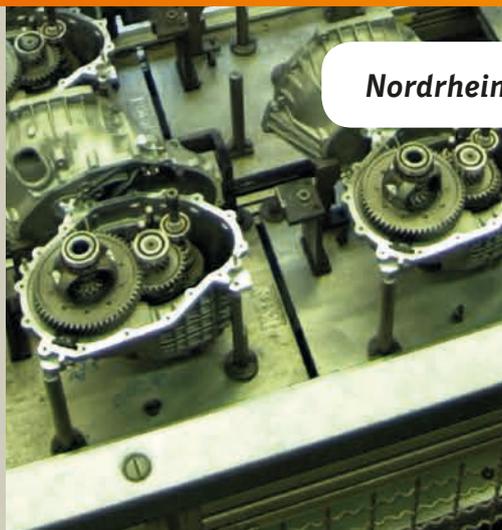


Investitionsbremsen lösen und Vorwärtsgang einlegen!



Nordrhein-Westfalen kann mehr



Die Landtagsfraktion

CDU

www.cdu-nrw-fraktion.de



Die CDU-Landtagsfraktion hat 68 Mitglieder. Sie sind bei der Landtagswahl am 12. Mai 2012 direkt oder über die Landesliste aus allen Regionen Nordrhein-Westfalens gewählt worden. Innerhalb der CDU-Fraktion gibt es 22 verschiedene Arbeitskreise, in denen die wichtigen landespolitischen Themen bearbeitet werden. Alle Informationen zu den Abgeordneten und der Arbeit der Fraktion finden Sie im Internet:
www.cdu-nrw-fraktion.de

 @CDUNRW_Fraktion

 CDU-Landtagsfraktion NRW

 CDUFraktionNRW

 cdu_fraktion_nrw



Liebe Lesenden und Leser,

Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land mit großen Potenzialen, mit einer modernen Industrie, einem innovativen Mittelstand und einem leistungsfähigen Handwerk. Dennoch hinkt unser Land dem Wirtschaftswachstum in Deutschland hinterher. Während die Wirtschaftskraft in allen anderen Bundesländern im Jahr 2015 zulegen konnte, verzeichnete Nordrhein-Westfalen als einziges Land ein Nullwachstum. Die Folge: in keinem anderen westdeutschen Flächenland ist die Arbeitslosigkeit so hoch wie an Rhein, Ruhr und Wupper. 16. von 16 deutschen Ländern bei der Wirtschaftskraft – das ist nicht akzeptabel und passt nicht zu unserem starken Land.

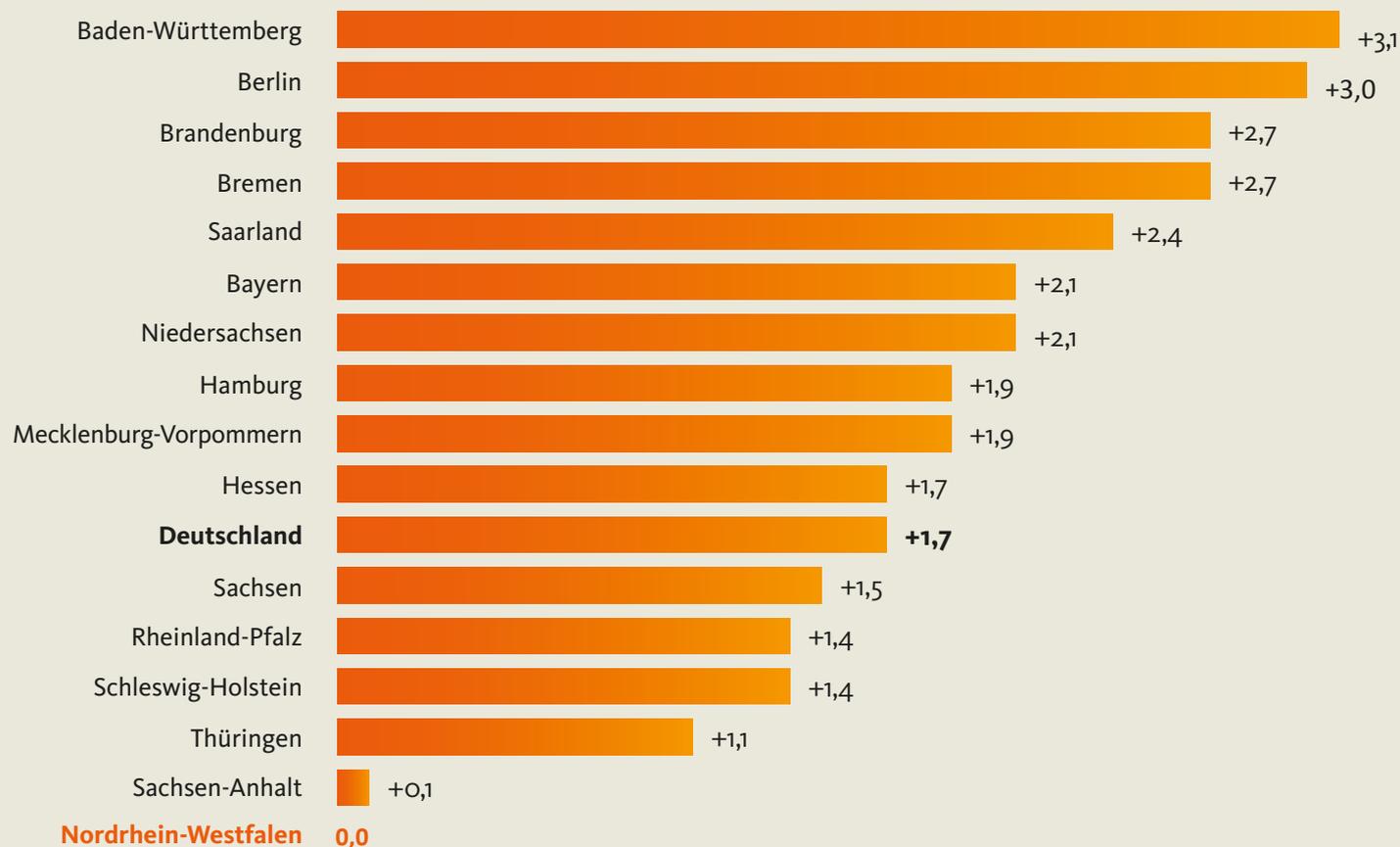
Die CDU-Landtagsfraktion ist davon überzeugt, dass wir unseren Wirtschaftsstandort mit den richtigen politischen Entscheidungen nachhaltig stärken können. Wir wollen Investitionsbremsen lösen und den Vorwärtsgang einlegen – indem wir Menschen und Unternehmen Freiräume zurückgeben und Innovation ermöglichen. Denn Nordrhein-Westfalen kann mehr!

Armin Laschet

Armin Laschet, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in den Bundesländern 2015

Veränderung* gegenüber 2014 in Prozent





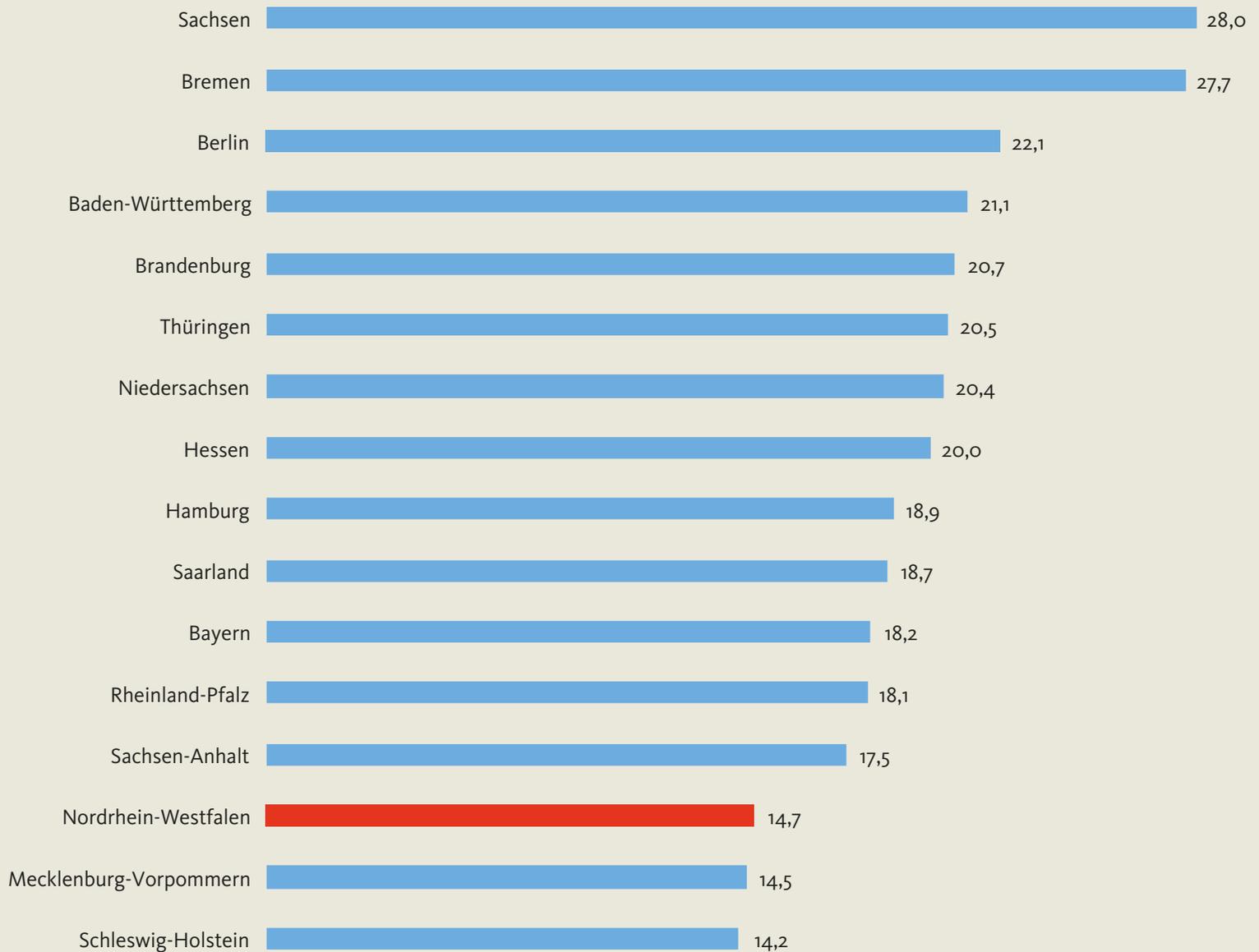
Das muss ein Weckruf sein: Nullwachstum in Nordrhein-Westfalen

Die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen ist knapp 40 Prozent höher als im westdeutschen Schnitt. Die Folge: Nirgendwo sind mehr Kinder von Armut betroffen als bei uns. Ursächlich hierfür ist das unterdurchschnittliche Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen. Seit 1991 ist die Wirtschaft an Rhein und Ruhr um etwa 10 Prozentpunkte geringer gewachsen als im westdeutschen Schnitt. Der vorläufige traurige Höhepunkt wurde 2015 erreicht. Während die Wirtschaft bundesweit um 1,7 Prozent wuchs, stagnierte sie in Nordrhein-Westfalen bei null Prozent.

Nordrhein-Westfalen landete erstmals in seiner Geschichte beim Wirtschaftswachstum auf dem letzten Platz im Bundesländervergleich.

Wäre die Wirtschaft in unserem Land seit 1991 nur im Durchschnitt der westdeutschen Länder gewachsen, hätten wir heute nur halb so viele Arbeitslose. Außerdem hätten Land und Kommunen heute jährliche Steuermehreinnahmen von 3 Mrd. Euro, könnten Schulden tilgen statt immer neue zu machen und hätten mehr Spielräume für Bildung, Kinderbetreuung, Infrastruktur. Die Gründe sind hausgemacht: Durch ausufernde Regulierungen hat die Landesregierung ein wirtschafts- und wachstumsfeindliches Klima geschaffen. Gleichzeitig setzt Rot-Grün bei den Investitionen falsche Prioritäten. Wir stehen für einen politischen Richtungswechsel und wollen unsere Wirtschaft durch eine Entlastungs- sowie eine Zukunfts- und Investitions offensive stärken.

Investitionsquoten im Verarbeitenden Gewerbe 2013 in Prozent*





Die Wirtschaft entlasten

Nordrhein-Westfalen ist die Heimat zahlreicher Weltmarktführer, die eine starke Tradition mit neuen Ideen verbinden. Industrie und Mittelstand in unserem Land zeichnen sich durch eine hohe Innovationskraft aus. Wir haben allen Grund dazu, auf die Leistungen und Fähigkeiten der Unternehmen und Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen stolz zu sein.

Die Regulierungswut der Landesregierung ist Ausdruck eines tiefsitzenden Misstrauens gegenüber unserer Wirtschaft. Die seit 2010 geschaffenen landespolitischen Rahmenbedingungen bremsen Gründergeist und Wachstum in Nordrhein-Westfalen aus. Seit Jahren wird in unserem Land deshalb viel zu wenig in Forschung und Entwicklung und neue Geschäftsmodelle investiert. Unternehmen

in Bayern investieren doppelt so viel, Unternehmen in Baden-Württemberg sogar dreimal so viel in Forschung und Entwicklung wie Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommt eine unterdurchschnittliche Investitionsquote im produzierenden Gewerbe: Lediglich in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern investieren Unternehmen weniger in neue Anlagen und Maschinen als in Nordrhein-Westfalen. Die Produktivität der Wirtschaft sinkt, Unternehmen verlagern Teile ihrer Produktion oder wandern aus.

Die Wirtschaftspolitik in unserem Land muss dringend zu einer Kultur des Zutrauens in die Fähigkeiten seiner Menschen und Unternehmen zurückfinden. Unsere Unternehmen brauchen Freiräume. Nur so kann unsere Wirtschaft wieder ihr volles Potenzial entfalten.

Konjunkturpaket zum Nulltarif: Bürokratieabbau

In den letzten Jahren wurden durch die Landesregierung viele unnötige Gesetze und Regulierungen eingeführt, die einen erheblichen bürokratischen Aufwand nach sich ziehen und gerade für kleinere und mittelständische Unternehmen eine große Belastung darstellen. Wir wollen Industrie, Mittelstand und Handwerk wieder entlasten und so die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft stärken. Das bürokratische Tariftreue- und Vergabegesetz

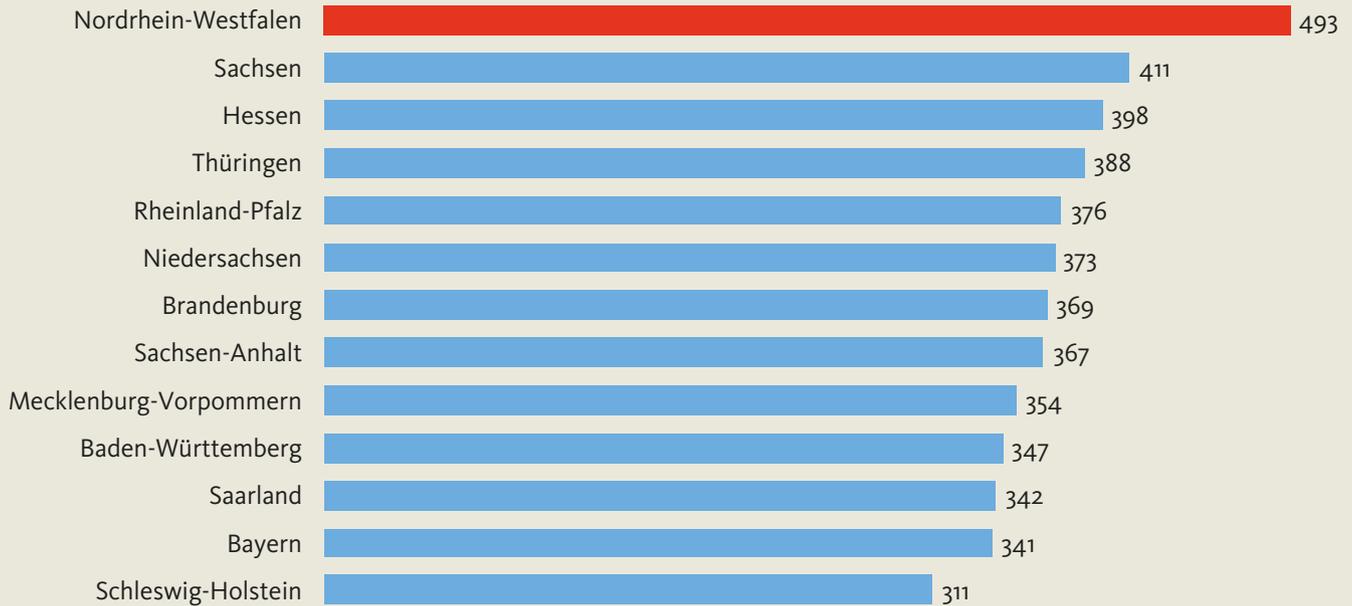
gehört daher genauso abgeschafft wie das Landesklimaschutzgesetz und der Landesklimaschutzplan. Letztere bringen den weltweiten Klimaschutz keinen Schritt voran, verschlechtern aber die Standortbedingungen in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Ländern. Zudem wollen wir eine umfassende E-Government-Strategie erarbeiten und umsetzen, um unvermeidbare Bürokratie so anwenderfreundlich wie möglich zu gestalten.

Keine neuen Wachstumsbremsen

Die Novelle des Landeswassergesetzes übertrifft an vielen Stellen die Anforderungen des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes und schafft so Wettbewerbsnachteile für unsere Wirtschaft. Die neuen Regelungen erschweren Genehmigungsverfahren, verschärfen Bebauungsregelungen und schränken Nutzungsrechte bestehender wie zukünftiger Nutzer ein. Wir wollen eine investitions- und wachstumsbegünstigende Ausge-

staltung des Landeswassergesetzes. Auch das neue Landesnaturschutzgesetz geht weit über die Regelungen in anderen Bundesländern hinaus. Seine besonders restriktiven Vorgaben beim Flächenausgleich nehmen den Unternehmen die Chance, sich zu erweitern. Nordrhein-Westfalen braucht Raum für Entwicklung mit gesundem Augenmaß. Beim Flächenausgleich setzen wir auf Qualität statt auf Quantität.

Durchschnittlicher Grundsteuer-B-Hebesatz im 1. Halbjahr 2015



Quelle: Analyse der Hebesätze zu Gewerbe- und Grundsteuer im Rahmen der Ernst & Young Kommunenstudie 2016

Steuerniveau in Nordrhein-Westfalen senken

Unter der rot-grünen Landesregierung ist Nordrhein-Westfalen zum Hochsteuerland geworden. Nordrhein-Westfalen hat heute die höchsten kommunalen Hebesätze für Gewerbe- und Grundsteuern aller deutschen Flächenländer.

Zudem wird bei uns die deutschlandweit höchste Grunderwerbssteuer fällig, für deren Festsetzung

allein das Land verantwortlich ist. Dieser erhebliche Standortnachteil erschwert Gewerbeansiedlungen massiv. Wir fordern deshalb eine grundlegende Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes und des kommunalen Stärkungspakts, die den Städten und Gemeinden wettbewerbsfähige Grund- und Gewerbesteuerhebesätze ermöglicht, und eine Rücknahme der Erhöhung der Grunderwerbsteuer.



Handwerk und berufliche Bildung besser fördern

Das Handwerk ist eine der wichtigsten Säulen des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen. Es leistet einen großen Beitrag zu Innovation und Fachkräftesicherung und bietet jungen Menschen attraktive berufliche Perspektiven. Deshalb wollen wir die Rahmen- und Standortbedingungen für das Handwerk verbessern.

Das Mittelstandsförderungsgesetz wollen wir nicht nur entfristen, sondern stärken, damit die Regierung künftig noch mehr dazu angehalten ist, bürokratische Belastungen für kleine und mittlere Betriebe zu vermeiden oder abzubauen. Wir set-

zen uns dafür ein, dass die Handwerksförderung bei Innovation und Technologietransfer wieder eingeführt wird. Dabei wollen wir das Handwerk vor allem in Innovationsprozesse einbinden, die mit der Digitalisierung zusammenhängen. Die berufliche Bildung muss wieder stärker gefördert werden. Wir bekennen uns klar zum Meisterbrief als Qualitätsmarke der beruflichen Bildung. Wir wollen die Betreuungsrelationen an den Berufskollegs verbessern und mehr erfolgreiche Meister als Berufskollegslehrer gewinnen. Die ökonomische und technische Bildung an den allgemeinbildenden Schulen muss ausgebaut werden.

Die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft stärken

Nur durch die richtigen Investitionen können wir den Standort Nordrhein-Westfalen zukunftsfest machen. Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes hängt von einem leistungsfähigen Verkehrssystem, einer modernen digitalen Infrastruktur und einer ökonomisch ausgerichteten Landesentwicklungsplanung ab. Hinzukommen müssen eine Stärkung der dualen Ausbildung und eine zielge-

richtete Gründerförderung – gerade im Bereich der Start-Ups. Eine an diesen Grundsätzen orientierte Zukunftsoffensive sichert nicht nur den Status Nordrhein-Westfalens als Industrieland ab. Sie legt auch die Grundlagen für die Entwicklung neuer, innovativer Geschäftsmodelle und die Entstehung weiterer Weltmarktführer in unserem Bundesland.



Unternehmen Raum geben: Landesplanung neu ausrichten

Seit 1995 ist die Waldfläche in Nordrhein-Westfalen um 45.258 Hektar und die Grünfläche um 23.751 Hektar angewachsen. Dagegen haben Industrie und Gewerbe in unserem Land seit Amtsantritt der rot-grünen Landesregierung knapp 3.800 Hektar Fläche ersatzlos verloren. Das ist schleichende De-Industrialisierung. Doch anstatt gegenzusteuern und der Wirtschaft wieder Raum für Wachs-

tum zu geben, hat die rot-grüne Landesregierung einen beschäftigungs- und wachstumsfeindlichen Landesentwicklungsplan beschlossen. Unsere Regionen brauchen keinen Zentraldirigismus, sondern flexible Planungsvorgaben. Wir wollen durch eine Neuausrichtung der Landesplanung dafür sorgen, dass für Unternehmen eine Fortentwicklung vor Ort auch in der Zukunft noch möglich ist.

Verkehrspolitik ist Wirtschaftspolitik

Für den Wirtschafts- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen sind die Verkehrswege zentrale Lebensadern – gerade in Zeiten eines steigenden Warenverkehrs und komplizierter industrieller Produktionsketten. Doch die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft ist wegen maroder Fernstraßen und Brücken bereits heute beeinträchtigt. Seit dem Regierungswechsel 2010 kann Nordrhein-Westfalen wegen anhaltender Planungsversäumnisse nicht mehr genug Bundesgel-

der abrufen. 2013 mussten wegen fehlender Planungen 48 Millionen Euro an den Bund zurückgegeben werden. Allein 2015 flossen rund 80 Millionen Euro weniger Bundesmittel für den Bundesfernstraßenbau zu uns als noch im Vorjahr. Die Folge: In keinem anderen Bundesland ist das Stauaufkommen derart hoch. Die volkswirtschaftlichen Schäden sind enorm. Deshalb wollen wir mit einem Planungshochlauf sicherstellen, dass unsere Verkehrsinfrastruktur gestärkt und weiter ausgebaut wird.



Autobahnbau zur Priorität machen und besser planen

Der Autobahnausbau in Nordrhein-Westfalen stockt. Seit 2010 sinken die Investitionen. Die Landesregierung hat es in den vergangenen Jahren versäumt, durch eine vorausschauende Planung von Bundesfernstraßenprojekten auch alle vom Bund bereitgestellten Finanzmittel abzurufen. Mit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 bietet sich nun eine neue Chance, die Infrastruktur in unserem Land fit zu machen. Damit an Nordrhein-Westfa-

len nicht wieder Bundesmittel vorbeilaufen, muss ein Vorrat von durchgeplanten Bundesfernstraßenprojekten angelegt werden.

Auch sollte geprüft werden, ob eine gesetzliche Grundlage für die Beschleunigung der Verkehrswegeplanung bei Projekten, die für das nordrhein-westfälische Infrastruktursystem besonders wichtig sind, möglich ist.

Öffentlich-Private Partnerschaften nutzen

Der Investitions- und Sanierungsstau bei der Infrastruktur kann auch mit Hilfe von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) überwunden werden.

ÖPP-Projekte sollen dabei nicht die konventionelle Finanzierung und den Bau von Bundesfernstraßen ersetzen, sondern sinnvoll ergänzen.

Digitalisierung als Chance für Nordrhein-Westfalen begreifen

Rund zwei Prozent zusätzliches Wirtschaftswachstum können durch die Digitalisierung der Industrie

geschaffen werden. Hiervon könnte der Industriestandort Nordrhein-Westfalen ganz besonders profitie-

ren. Diese Chance darf unser Bundesland nicht verpassen. Die Voraussetzung für eine gelingende

Digitalisierung ist aber eine flächendeckende Versorgung mit Breitband-Internetanschlüssen.

Breitbandausbau vorantreiben

In Nordrhein-Westfalen verfügen aktuell allerdings 60 Prozent der Haushalte im ländlichen Raum und 90 Prozent der Gewerbegebiete nicht über einen Anschluss an das schnelle Internet (50 Mbit pro Sekunde). Gerade für die zahlreichen Weltmarktführer, die in den ländlichen Räumen unseres Bundeslandes beheimatet sind, ist diese Unterversorgung ein großer Wettbewerbsnachteil. Nach einer Untersuchung im Auftrag der NRW.Bank müssen in den kommenden Jahren mindestens 5,6 Mrd. Euro in den Ausbau der Breitbandinfrastruktur investiert werden, damit alle Haushalte und Unternehmen an die schnelle Datenautobahn angeschlossen werden können. Die Landesregierung beschränkt sich bei ihrer bisherigen Förderpolitik jedoch hauptsächlich auf die

Weiterleitung von Bundes- und EU-Mitteln. Das landeseigene Förderprogramm hat lediglich ein Volumen von 135 Mio. Euro.

Entsprechend gering ist die Ausbaudynamik im Land. Ohne eine Steigerung der Ausbaudynamik wird in Nordrhein-Westfalen erst im Jahr 2030 jeder Haushalt über schnelles Internet verfügen. Um die Dynamik beim Breitbandausbau auf das notwendige Maß zu steigern, wollen wir 300 Millionen Euro der freiwerdenden Mittel aus der auslaufenden Subventionierung des Steinkohlebergbaus als zusätzliche Landesförderung investieren. Auch müssen die europäischen Fördermittel noch gezielter eingesetzt werden. Das Förderprogramm der NRW-Bank muss grundlegend reformiert werden.

Mittelstand mobilisieren, Start-Ups fördern

Nicht alle unseren Unternehmen haben die Chancen der Digitalisierung bereits erkannt. Anderen fehlt es an Unterstützung bei der Schulung ihrer Mitarbeiter oder an Netzwerken, um mit Start-Ups in Kontakt zu kommen. Wir wollen die DWNRW-Hubs deshalb

stärker auf die Bedürfnisse der mittelständischen Wirtschaft ausrichten. Hierzu muss jedem Hub ein thematischer Schwerpunkt zugeordnet werden. Auch fordern wir den Aufbau von Demonstrationsprojekten, z.B. im Rahmen von Lernfabriken 4.0



(„Smart Factories“) in Zusammenarbeit mit geeigneten Kammern und (Aus)Bildungseinrichtungen. Darüber hinaus braucht es Konzepte, wie mehr privates Kapital für Start-Ups aktiviert werden kann.

In einem ersten Schritt müssen die Start-Ups von unnötiger Bürokratie entlastet werden. Der Aufbau einer vitalen und sich selbst verstärkenden Start-Up-Szene muss stärker fokussiert werden.

In junge Köpfe investieren

Um den aktuellen und zukünftigen Bedarf gerade an digital geschulten Nachwuchsfachkräften zu sichern, wollen wir die duale Ausbildung stärken. Die technische Grundbildung in den Schulen muss ausgebaut werden, denn sie kann Berufswahl- und

Studienentscheidungen beeinflussen. Das Land muss dafür Sorge tragen, dass für den Unterricht in Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik ausreichend gut ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

Hochschulfreiheit wieder einführen

Die Landesregierung hat mit ihrer Hochschulgesetzgebung die Freiheit von Forschung und Entwicklung erheblich eingeschränkt und Kooperationen zwischen Wirtschaft und Hochschulen massiv

erschwert. Wir wollen die Hochschulfreiheit wieder einführen und den Fachhochschulen und Universitäten ihre Unabhängigkeit zurückgeben, um den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen zu stärken.

Impressum

Stand: November 2016

Herausgeber:

CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf
Tel.: 0211 - 884 - 2213 | Fax: 0211 - 884 - 3308
cdu-pressestelle@cdu-nrw-fraktion.de
www.cdu-nrw-fraktion.de

Redaktion:

Nils Sönksen, Dr. Christoph Weckenbrock

Fotos:

dpa, Picture Alliance, CDU-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen, Bildarchiv des Landtags
Nordrhein-Westfalen/Bernd Schälte, Pixabay

Diese Broschüre darf nicht für Wahlkampfw Zwecke
verwendet werden.





Die Landtagsfraktion

CDU

www.cdu-nrw-fraktion.de